



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Kerstin Schreyer, Alexander König, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Franz Josef Pschierer, Andreas Schalk, Klaus Stöttner, Steffen Vogel
CSU

Bundesweite Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeit von KMU an öffentlichen Vergabeverfahren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert sich gegenüber dem Bund dafür einzusetzen, dass die im Koalitionsvertrag der Ampel-Parteien auf Bundesebene in Aussicht gestellte Stärkung der Beteiligungsmöglichkeiten von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) an öffentlichen Vergabeverfahren zeitnah realisiert wird. Insbesondere soll durch den Bund geprüft werden, ob im Rahmen der angekündigten bundesweit einheitlichen Plattform eine Eingabeoberfläche für Bieter geschaffen werden kann, welche angebotsrelevante Daten von Bietern automatisch an die verschiedenen E-Vergabe-Anwendungen der verschiedenen öffentlichen Auftraggeber übermittelt.

Begründung:

Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene wird in Aussicht gestellt: „Unsere Wirtschaftspolitik setzt auf zukunftsorientierte Rahmenbedingungen für einen wettbewerbsfähigen Mittelstand, für ein starkes Handwerk und für Freie Berufe. Hierfür werden wir die Beteiligungsmöglichkeiten von kleinen und mittleren Betrieben an Vergabeverfahren stärken.“ Nachdem die Wirtschaft stark von KMU und mittelständischen Unternehmen geprägt ist, ist eine solche Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten an Vergabeverfahren öffentlicher Auftraggeber zu begrüßen.

Aktuell betreiben die verschiedenen öffentlichen Auftraggeber deutschlandweit verschiedene E-Vergabe-Plattformen. Dies stellt insbesondere für KMU und mittelständische Unternehmen ein Teilnahmehindernis dar, da diese sich in die Bedienung der einzelnen Plattformen einarbeiten müssen, ohne dabei wie Großunternehmen mit hoher Teilnahmefrequenz an Bieterverfahren von Skalierungseffekten zu profitieren. Nach dem Koalitionsvertrag plant der Bund die Schaffung einer zentralen Plattform, über die alle öffentlichen Vergaben zugänglich sind. Im Rahmen dieser Plattform sollte der Bund möglichst auch eine einheitliche Eingabeoberfläche für Bieter schaffen, welche angebotsrelevante Daten von Bietern automatisch an die verschiedenen E-Vergabe-Anwendungen der verschiedenen öffentlichen Auftraggeber übermittelt.